Ehrenbürger Adolf Hitler: Nur die SPD widersetzt sich

Historiker Matthias Wagner erinnert an die Aufhebung der Lüdenscheider Stadtverordnetenversammlung vor 80 Jahren

LÜDENSCHEID ▪ Aus Anlass des 80. Jahrestages der Aufhebung des Lüdenscheider Stadtrates hat Matthias Wagner im Namen des Vereins „Ge-Denk-Zellen“ folgenden Text verfasst:

Als Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, sah die NSDAP die Chance, ihre Vorstellung von einem deutschen Reich und einer Nation in einem Staat ohne Demokratie durchzusetzen. Aus der Freiheit und Vielfalt der Meinungen der Weimarer Demokratie wurde nun „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“.

Das geschah zunächst durch das Verbot der kommunistischen Partei und vieler Zeitungen von Sozialdemokraten und Kritikern. Sie waren im Vorfeld der Reichstagswahl am 5. März und der Kommunalwahl am 12. März kaum noch in der Lage, für sich öffentlich zu informieren oder zu werben. So erreichte die NSDAP im Reich 44 Prozent aller Stimmen und in Lüdenscheid 33 Prozent bei der Reichstagswahl.

Das erste große politische Ziel war die Auflösung der Demokratie durch Aufhebung der Gewaltenteilung zwischen dem gesetzgebenden Parlament, der ausführenden Regierung/Verwaltung und der Rechtsprechung. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März zerbrachen fast alle Parteien (außer der SPD) die Demokratie und gaben der Regierung die diktatorische Macht, selbst Gesetze zu erlassen.

Mit dieser Urkunde machte die Stadtverordnetenversammlung Adolf Hitler zum Ehrenbürger.

In Lüdenscheid hatte die Kommunalwahl folgendes Ergebnis: 13 Sitze für die NSDAP, acht für die SPD, sieben für die KPD, vier für das Kampfbündnis Schwarz-Weiß-Rot (die Farben Preußens), zwei für das Zentrum, eine für den evangelischen Volksdienst und eine für den Haus- und Grundbesitzerschutz. Als die neue Stadtverordnetenversammlung (der Stadtrat) am 27. März zusammentrat, hatte sie viele organisatorische Aufgaben, wie die Wahl der Ausschüsse, zu erledigen. Von dieser Sitzung waren die Mitglieder der KPD schon ausgeschlossen und zum Teil verhaftet. In der Zusammensetzung trafen sich die gewählten Stadtverordneten auch am 30. März und am 11. April.

Als die NSDAP dem Reichspräsidenten von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft verleihen wollte, verweigerte das die SPD und wies darauf hin, dass man sich um die Stadt verdient gemacht haben muss, um Ehrenbürger Lüdenscheids zu werden. Deshalb blieb sie der Ratssitzung am 18.4.1933 fern, in der elf Mitglieder der NSDAP, drei der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot und je eines des Evangelischen Volksdienstes, des Haus- und Wohnungsbesitzerschutzes und des Zentrums für die Ehrenbürgerschaft stimmten und folgenden Beschluss fassten: „Die Mitglieder der Spd (!)-Fraktion wurden wegen der Nichtteilnahme an der heutigen Sitzung für die drei nächsten Sitzungen ausgeschlossen.“

Da bis zum Juli alle Parteien aufgelöst wurden, um das Ziel „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ zu erreichen, wurden alle Parteien außer der NSDAP für illegal erklärt. In Deutschland herrschte nun die völkische Diktatur der NSDAP. Nur wenige widersetzten sich der staatlichen Gewalt, der Willkür gegen Kritiker und dem Rassismus, weil die willkürliche Schutzhaft und die oft tödliche Gewalt gegenüber Kritikern zu Schreckensinstrumenten der NS-Herrschaft wurden. Andererseits verstand es die NSDAP, die Sehnsucht nach Sicherheit, nach nationaler Größe und nach der Identifikation mit einem starken Volk zu erfüllen und massenpsychologisch eine große Aufbruchsstimmung zu schaffen. Die Mehrheit sah in Hitler und der NSDAP das Heil für Deutschland.

Damals hatte die Weltwirtschaftskrise in Verbindung mit demokratiefeindlichem Denken dazu geführt, dass die NSDAP als Partei der Hoffnung auf mehr Zukunftschancen gewählt wurde. Sieht man heute die geringen Chancen der arbeitslosen Hälfte aller Jugendlichen in Spanien, der politischen Risiken in Italien und der rassistischen Entscheidungen der ungarischen Regierung, dann kann jeder erkennen, wie wichtig die Erinnerung an die Vergangenheit für die verantwortliche Politik heute ist.